

Einleitung

Seit den 1980er Jahren wird insbesondere in westlichen Gesellschaften eine Fülle nationaler Ethikinstitutionen staatlich initiiert, sei es in Form von Ethikkomitees, Ethikkommissionen oder Ethikräten. Sie werden von der Politik eingerichtet, um über einen ethisch vertretbaren Umgang mit Entwicklungen in den Lebenswissenschaften zu reflektieren. Die Ergebnisse werden in Form von Empfehlungen, öffentlichen Tagungen oder Dialogveranstaltungen Politik und Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Aber nicht nur Ethikinstitutionen werden eingerichtet, sondern ebenso Meinungsumfragen durchgeführt, Bürgerinnen- und Bürgerkonferenzen oder öffentliche Debatten zu ethischen Aspekten und Implikationen im Bereich der Lebenswissenschaften abgehalten. Es ist eine Ausweitung von Ethikpolitiken, den ethischen Steuerungsmodi auf Ebene der Politik zu beobachten und damit einhergehend eine gesteigerte Einbeziehung der Öffentlichkeit. Über diese Entwicklung im Kontext der Lebenswissenschaften hinaus werden zunehmend weitere Themen als ethische angesehen. So wird in Deutschland im Jahr 2011 nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima die Ethik-Kommission Sichere Energieversorgung ins Leben gerufen (vgl. Ethik-Kommission Sichere Energieversorgung 2011). In Frankreich beschäftigt sich das nationale Ethikkomitee im Jahr 2007 mit Nanotechnologie, und in Österreich publiziert die Bioethikkommission beim Bundeskanzleramt im selben Jahr einen »Katalog ethischer Probleme und Empfehlungen« zu Nanotechnologie (vgl. CCNE 2007; Bioethikkommission beim Bundeskanzleramt 2007). Nationale Ethikinstitutionen scheinen zunehmend selbstverständlich die Lösung für ethische Probleme im Bereich wissenschaftlicher und technologischer Entwicklungen insgesamt zu werden.

Allein ein Blick zurück in die 1970er und 80er Jahre zeigt jedoch, dass Themen wie Atomtechnologie nicht immer als explizit ethische Themen verstanden wurden. In den Konflikten um Atomtechnologie in Europa wurde maßgeblich von Risiko-Problemen gesprochen. Zwar lagen diesen Konflikten – wie jedem anderen Konflikt auch – Werte zugrunde, jedoch wurden die Auseinandersetzungen nicht in

ethischen, sondern in Risikobegriffen geführt. Auch in den Konflikten um die neuen Reproduktionstechnologien in den 1980er Jahren wurden, wie bspw. von westdeutschen Feministinnen, nicht ethische Fragen, sondern bevölkerungspolitische Probleme thematisiert. Ein moralisches Problem stellte für Lebensschützerinnen und Lebensschützer in Frankreich Mitte der 1970er Jahre die Möglichkeit der In-vitro-Fertilisation dar. All diese Themen, die mittlerweile in Ethikinstitutionen besprochen werden, waren nicht immer ethisch gerahmt, es gab unterschiedliche Rahmungen, Problemdefinitionen und Lösungsvorschläge.

Im Bereich sozial- und geisteswissenschaftlicher Forschung zu Wissenschaft und Technologie ist die Ausweitung von Ethikpolitiken nicht unbemerkt geblieben. Die Wissenschaftsforscherin Sheila Jasanoff stellt einen »ethical turn« auf Ebene der Politik fest (Jasanoff 2011: 633). Von einem »boom in ethics committees« spricht die Wissenschaftsforscherin Helga Nowotny (2003: 154). Ethisierungen – sprich, dass viele technik- und wissenschaftspolitische Fragen als ethische Herausforderungen verstanden werden – behandelt der Sozialwissenschaftler Alexander Bogner in seiner Untersuchung zu nationalen Ethikinstitutionen (2013: 51). Die Politikwissenschaftlerin Kathrin Braun und ihre Kolleginnen und Kollegen arbeiten vor dem Hintergrund, dass nationale Ethikinstitutionen lebenswissenschaftliche Themen behandeln, heraus, für welche Problematisierung nationale Ethikinstitutionen eine Lösung darstellen (Braun et al. 2010a; Braun et al. 2010b).

Wie kommt es jedoch, dass nationale Ethikinstitutionen als adäquate Lösung für Probleme im Bereich wissenschaftlicher und technologischer Entwicklungen insgesamt erscheinen? Welche unterschiedlichen Problematisierungen und Lösungsvorschläge gab es? Diese Fragen sind bisher unbeantwortet geblieben. Wenn Ethik in Form von nationalen Ethikinstitutionen zu einem selbstverständlichen Rahmen geworden ist, um über biomeditzinische, biotechnologische, nanotechnologische und auch atomtechnologische Themen zu sprechen, sind daran anschließende Fragen: Wie hat sich dieser Rahmen durchgesetzt? Und wie wird diese Form der politischen Steuerung themen-flexibel?

Diesen Fragen gehe ich in der vorliegenden Studie anhand eines Beispiels nach, und zwar anhand des französischen nationalen konsultativen Ethikkomitees für Lebenswissenschaften und Gesundheit, dem *Comité Consultatif National d'Éthique pour les sciences de la vie et de la santé* (CCNE).¹ Anhand seiner Ent-

1 Das französische Genus der Eigennamen wird in der vorliegenden Publikation für die Wahl des deutschen Artikels übernommen. Da sich dies durchzusetzen scheint und es hierfür kein Regelwerk gibt, habe ich mich für diese Variante entschieden. Deutlich wird dies aktuell (leider) am Beispiel *Front National*. Es wird nicht mehr von die *Front National*, sondern von der *Front National* gesprochen.

stehungsgeschichte und Institutionalisierung untersuche ich die Entwicklung, in deren Verlauf Ethik in der Politik zu einem selbstverständlichen Rahmen wird, welche Problematisierungen und Lösungsvorschläge sichtbar und welche unsichtbar werden und inwiefern sich diese Form der Steuerung von biomedizinischen und -technologischen auf weitere, insbesondere nanotechnologische Themen ausdehnen kann. Berücksichtigt werden in der Untersuchung insbesondere Konflikte um wissenschaftliche, medizinische oder technologische Entwicklungen mit einem Augenmerk auf die Problematisierungen sozialer Proteste. Die Studie hat somit zum Ziel, zur Forschung ethischer Institutionen und Diskurse im Bereich sozial- und geisteswissenschaftlicher Forschung zu Wissenschaft und Technologie, den *Science and Technology Studies* beizutragen.

1 ZUR ENTSTEHUNG DER UNTERSUCHUNG

Die Untersuchung knüpft an ein Forschungsprojekt zu nationalen Ethikinstitutionen in Deutschland, Großbritannien und Frankreich an, an dem ich als wissenschaftliche Mitarbeiterin für die Fallstudie zu Frankreich beteiligt war. Es handelt sich um das Projekt »Ethical Governance? Wissen, Werte und politische Entscheidungsfindung« (EGo), das an der Leibniz Universität Hannover unter der Leitung der Politologin Prof. Dr. Kathrin Braun durchgeführt wurde.² Das EGo-Projekt fand vor dem Hintergrund statt, dass diese Institutionen ausschließlich biomedizinische und biotechnologische Themen behandeln. Erst mit dem Ende der Projektlaufzeit zeigte sich, dass eine dieser Institutionen, der CCNE, darüber hinaus zu Nanotechnologie arbeitet. Die Publikation des CCNE erschien im Jahr 2007. Aus dieser Beobachtung kam die Frage auf, wie sich Ethik-Rahmungen am konkreten Beispiel des Diskurses um Nanotechnologie ausdehnen. Da sich im Kontext der Nanotechnologie in Frankreich soziale Konflikte abzeichnen, entwickelte sich aus dieser weiteren Beobachtung die Idee, soziale Konflikte insgesamt im Entstehungsprozess des CCNE herauszuarbeiten. Der empirischen Untersuchung des Nanotechnologiediskurses in Frankreich konnte ich während meiner Mitarbeit in einem weiteren Forschungsprojekt nachgehen. Es handelt sich um das interdisziplinäre, ländervergleichende Projekt »Converging Institutions? How do regional

2 Das Projekt wurde in den Jahren 2004–2006 durchgeführt und stand im Rahmen des Science-Policy-Programms der Berlin Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Die Forschung wurde durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert (Fördernr. 07SP31). Aus der Studie ist eine Reihe an Publikationen hervorgegangen, vgl. Braun et al. (2010a; 2010b; 2009; 2008; Herrmann/Könninger 2008).

institutions stimulate the innovation process of nanotechnologies in economy and society? A German-French comparison«. Es wurde unter der Leitung des Soziologen Prof. Dr. Christian Papilloud und der Wirtschaftswissenschaftlerin Prof. Dr. Ingrid Ott am Karlsruher Institut für Technologie und der Leuphana Universität Lüneburg durchgeführt.³ Die Forschungsfragen, auf die ich im Folgenden zu sprechen komme, entwickelten sich aus den Untersuchungsergebnissen der EGo-Studie. Damit schließt die vorliegende Untersuchung an dieses Projekt inhaltlich an; die Ergebnisse des Projektes erweitern und ergänzen ich im Hinblick auf die französische Fallstudie. Neben den Ergebnissen der EGo-Studie wird zudem die Untersuchung der französischen Politikwissenschaftlerin Dominique Memmi zum *magistère bioéthique* und der delegierten Biopolitik des CCNE einbezogen.

2 VON GOUVERNEMENTALEN ETHIKREGIMEN UND VOM MAGISTÈRE BIOÉTHIQUE

Das EGo-Projekt untersucht unter der Bezeichnung »gouvernementale Ethikregime« staatlich initiierte oder geförderte Institutionen, Praktiken und Diskurse, deren Aufgabe es ist, die politische Willensbildung und/oder Entscheidungsfindung an Beratungen über Fragen anzubinden, die als ethische Fragen gelten (Braun et al. 2010b: 511; Braun et al. 2008: 221). Nationale Ethikkomitees und Ethikkommissionen ebenso wie öffentliche Anhörungen oder Bürgerinnen- und Bürgerkonferenzen, die seit den 1970er und 80er Jahren entstehen, werden in dieser Studie in den Blick genommen. Die regierungsanalytische Perspektive ist die der Gouvernementalität, wie sie in Anlehnung an Michel Foucault von den Gouvernementalitätsstudien fruchtbar gemacht wird. Die Untersuchung fokussiert darauf, inwiefern sich gouvernementale Ethikregime als Form des *governing at a distance* im Rahmen des *advanced liberal government* nach Nikolas Rose und Peter Miller (Rose 1996; Rose/Miller 1992) sowie als Form des *reflexive government* verstehen lassen. Der verwendete Begriff *reflexive government* und mit ihm ein bestimmtes Konzept der Problematisierung geht auf den australischen Soziologen Mitchell Dean zurück (Dean 1999a). Dean verwendet den Begriff, um eine weniger direkte Form der Regierung zu erfassen, die er in den 1980er und 90er Jahren hauptsächlich im ökonomischen Bereich aufkommen sieht. Seine Hypothese ist, dass die

3 Das Projekt wurde von der Initiative »Innovationsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft« der Volkswagenstiftung in den Jahren 2007–2011 gefördert (Fördernr. II/83 568). Zu den Publikationen, die im Kontext des Projektes entstanden sind, vgl. Ott et al. (2008), Papilloud (2010), Könninger et al. (2010, 2008), Könninger (2011).